

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1926

320 (14.7.1926) Abendausgabe

Bezugspreis frei ins Haus halbjährlich, 1.50 M. im Verlag oder in den Bezugsstellen abgeholt 1.40 M. Durch die Post monatlich 2.60 M. zuzüglich 72 S. Zustellgeb. Einzelpreise: Wochens-Nummer 10 S., Sonntags-Nummer 15 S. — Am Fall höherer Gewalt, Streit, Auslieferung etc. hat der Bezugsnehmer keine Ansprüche bei Verhinderung oder Nicht-Erhalten der Zeitung. — Abbestellungen können nur jeweils bis zum 25. des Monats auf den Monatsheften angenommen werden. Anzeigenpreise: Die 10spaltige Nonpareil-Zeitung 0.32, ausw. 0.40 Goldm. Stellen-Gelände, Familien- und Gelegenheits-Anzeigen ermäßigter Preis, Restame-Page 1.50, an erster Stelle 2. — Goldm. Bei Wiederholung tariflicher Rabatte, der bei Nichterstattung des Betrages, bei gerichtlicher Vertretung und bei Konturien außer Kraft tritt. Erscheinungs-ort und Gerichtsstand ist Karlsruhe.

Badische Presse

Neue Badische Presse **Handels-Zeitung** Badische Landeszeitung
Verbreitetste Zeitung Badens.
Karlsruhe, Mittwoch, den 14. Juli 1926.

Redaktion und Verlag von: Ferdinand Ziergarten: Chefredakteur: Dr. Walter Schneider. Verantwortlich: Für die Badische Politik: Dr. Ziergarten; für die deutsche Politik und Wirtschaftspolitik: Dr. Richter; für auswärtige Politik: Dr. Kimmig; für Lokales und Sport: Dr. Bolander; für Kommunalpolitik: Dr. Winter; für das Reich: Dr. Emil Reimer; für Ober- und General: Dr. Gerle; für Handels-Nachrichten: Dr. Feld; für die Anzeigen: Dr. Rindermann; alle in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Metzger. Fernsprechnr.: 4050 4051 4052 4053 4054. Geschäftsstelle: Ziergarten- und Kammstraße Nr. 235a. Beilagen: Volk und Heimat / Literarische Umchau / Roman-Blatt / Sport-Blatt / Frauen-Zeitung / Wandern und Reisen / Haus und Garten / Karlsruhe-Berliner-Zeitung.

England und die neuen Kontrollforderungen

Rückwirkungen auf Deutschlands Völkerbundseintritt?

Bedeutung Eingeständnisse der „Times“.
v. London, 14. Juli. (Drahtmeldung unserer Berichterstatter.) Die Öffentlichkeit hat hier nichts von den Notizen der Kontrollkommission gewußt. Die Blätter bringen heute die ersten Nachrichten darüber und enthalten sich aller Kritik. Selbst Heftblätter wie die „Morning Post“ berichten kurz und sachlich darüber. Was man im Augenblick davon weiß, ist vorläufig noch nicht klar festzustellen, aber sicher ist, daß nach allgemeiner Auffassung sie noch im letzten Augenblick den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund gefährden können. Man wird natürlich die Sache dem übertriebenen Eifer einiger Militärs zuschreiben, und wenn es gar nicht anders geht, wird man doch wieder herausfinden, daß die Deutschen doch wieder Dummheiten gemacht haben und daß es am weitesten sein würde, wenn sie nachgäben und tun würden, was von ihnen verlangt wird.

Die „Times“ brachten heute ein langes Telegramm ihres Berliner Korrespondenten über diese Angelegenheit. Der Berichterstatter sagt, daß seit der Ernennung des Generals Pawels als Vizepräsident, sich die Widersprüche zwischen der Kommission und den deutschen Behörden eigentlich nur auf Kleinigkeiten bezogen. Aber die Kommission sei doch noch an der Arbeit und behauptet, daß die gestellten Forderungen nicht erfüllt worden seien. Der Berichterstatter macht am Schluß seiner Ausführungen folgende interessante Bemerkungen: Nach dem Urteil der deutschen „Friedensfreunde“ solle die deutsche Armee mit Hilfe der Polizei, mit Einschluß der studentischen Verbindungen und der militärischen Gesellschaften in 24 Stunden auf eine Million Mann gebracht werden, und auch die deutsche Industrie solle ebenso schnell auf die Fabrikation von Kriegsmaterial umgestellt werden können. Aber dies solle man nicht glauben. Es habe sich bei näherer Untersuchung immer gezeigt, daß diese Angaben falsch waren, und man braucht sich deshalb nicht zu beunruhigen. Die Entdeckung von Waffen habe bisher noch nichts zu Tage gefördert, was irgendwie einen militärischen Wert hätte. Alles was man bisher gefunden habe, sei nicht einmal genügend, um eine Brigade zu bewaffnen. In gewissen Kreisen sehe man auch ein, daß moderne Waffen sich nicht überlegen ließen und daß die moderne Industrie nicht ohne weiteres anfangen könne, Kriegsmaterial herzustellen. Hindenburg habe gesagt, daß Deutschland nicht daran denken könne, Krieg zu führen. Seine Meinung möge nicht ganz einmündig sein, aber nichtbestoweniger verdiene sie doch eine gewisse Beachtung.

Rücktrittsabsichten Severings.

m. Berlin, 14. Juli. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Was die Kommunisten vor einigen Tagen anscheinend durch Indiskretionen in ihren Presseorganen mitteilten, nämlich daß die preußische sozialdemokratische Landtagsfraktion sich in einer Sitzung mit der eventuellen Nachfolgerschaft Severings beschäftigt und auch den Abg. Leinert genannt hat, scheint im wesentlichen zu stimmen. Die ganze Linie, die wohl befürchtet, daß durch den Rücktritt Severings eine andere parlamentarische Situation in Preußen eintreten könnte, ist auf das äußerste erregt und fordert energisch, daß nur eine Persönlichkeit Severings Posten übernehmen dürfe, die sich fast durch nichts von dem zu vertretenden Minister unterscheiden würde. Der „Vorwärts“ nimmt nun endlich auch zu den Gerüchten um die Person Severings Stellung, scheint sich aber doch nicht ganz sicher zu fühlen, denn jedenfalls erklärt er: Bis jetzt ist die Frage des Rücktritts Severings noch keineswegs entschieden, und wir hoffen, daß es gelingen wird, ihn, falls er wirklich Rücktrittsabsichten hegen sollte, davon abzubringen. Vorläufige Erörterungen, wer sein Nachfolger sein könnte, sind deshalb nicht am Platze. Von der Sozialdemokratie wird erwartet, daß nur ein Mann entsendet wird, der das gleiche Vertrauen wie Severing genießt u. über die gleiche Ruhe, Klarheit des Urteils u. Festigkeit der Entschlüsse verfügt wie er. Nächster Tage kommt Severing vom Urlaub zurück, und dann wird es sich zeigen, ob er aus Gesundheitsrücksichten seinen Abschied einreichen oder sich einen dritten Urlaub geben lassen wird.

Verhandlungen über das neue Weingeseß.

* Berlin, 14. Juli. (Zuspruch.) Wie die Morgenblätter erfahren, finden am 16. d. M. wiederum Verhandlungen zwischen Vertretern der Regierung und Vertretern des deutschen Weinbaues über das kommende neue Weingeseß statt. Die bisherigen Besprechungen in dieser Angelegenheit hatten nur informativ Charakter. In unterrichteten Kreisen glaubt man, in der Sitzung am 16. Juli dem gemeinsamen Ziel näher zu kommen und die bisher vorgebrachten Anträge und Wünsche auf eine mittlere Linie bringen zu können.

Der deutsch-schwedische Handelsvertrag.

II. Berlin, 13. Juli. Heute sind im Auswärtigen Amt die Ratifikationsurkunden zu dem Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Schweden vom 14. Mai ausgetauscht worden. Der Austausch wurde auf deutscher Seite vom Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Dr. von Schubert, und auf schwedischer Seite vom dem schwedischen Gesandten in Berlin, W. W. W. W., vorgenommen. Der Vertrag tritt am 1. August 1926 in Kraft.

Das deutsche Eigenum in Kuba.

* Berlin, 14. Juli. (Zuspruch.) Die kubanische Regierung hat mitgeteilt, daß sie nicht beabsichtigt, die Bestimmungen des § 18 der Anlage VII zu Teil VIII dem Vertrag von Versailles auf das Eigenum der deutschen Reichsangehörigen und Gesellschaften anzuwenden, d. h., daß sie ausdrücklich auf die Anwendung der dort vorgesehenen Repräsentantenklausel gegen das deutsche Eigenum in Kuba verzichtet.

v. Hoesehs Besuch bei Briand.

Naive Ausreden der Völkerverhandlung.
F.H. Paris, 14. Juli. (Drahtmeldung unserer Berichterstatter.) Der Mitteilung, die wir bereits gestern abend weiterleiteten, daß Herr v. Hoeseh sich mit Briand über die Stärke der Besatzungstruppen am Rhein unterhielt, wird noch hinzugefügt, daß der deutsche Völkerverhandlung auch über die Notizen der Berliner Kontrollkommission über die Abrüstungsfrage gesprochen hat. Es wird behauptet, daß die beiden Notizen der Kontrollkommission in der nächsten Zeit Gegenstand von Erörterungen zwischen der Reichsregierung und den Alliierten sein würden. In offiziellen Kreisen wird versichert, das Vorhandensein der Notizen könne nur durch Indiskretionen der Öffentlichkeit bekannt geworden sein. Auch der „Petit Parisien“ behauptet diese Vermutung. Das Blatt macht beinahe Miene, Offiziere des Reichswehrministeriums zu verdächtigen, daß diese zwei Berliner Zeitungen von dem Inhalt der Notizen Kenntnis gegeben hätten. Es ist vermerkt, daß über die Antwort, die Briand gestern dem deutschen Völkerverhandlung gab, weder von deutscher noch von französischer Seite irgendeine Mitteilung vorliegt. Selbstverständlich wird die Angelegenheit noch eine Klärung finden müssen, und mit den naiven Ausreden, die man gestern abend im Sekretariat der Völkerverhandlung gebraucht, wird die Angelegenheit ihr Bewenden nicht haben können, denn die Militärkontrollkommission, ist, wenn man sie auch gestern als „ausübendes Organ“ bezeichnete, kein unabhängiges Organ. Sie hängt von dem interalliierten Kontrollkomitee von Versailles ab, und dieses ist ein der Völkerverhandlung untergeordnetes Organ. Eine endgültige Klärung wird auch die Angelegenheit noch finden müssen, was Geheimrat Nord und die ihm unterstellte Kommission seit Wochen zu verhandeln hat.

In 28 Tagen um die Erde.

II. New York, 14. Juli. Die amerikanischen Weltflieger Ewans und Wells trafen im Flugzeug am Dienstag abend 9.30 Uhr in Chicago und um 11.30 Uhr in Cleveland ein. Heute früh werden sie auf der Endstation Mitchell Field bei New York erwartet. Die Reisedauer um die Erde betrug 28 Tage und vier Stunden.

Die amerikanische Explosionskatastrophe.

(Staatsratelient der „Badischen Presse“.)
JNS. Dover (New Jersey), 14. Juli. Ein von dem Armeekommando herausgegebenes Kommuniqué besagt, daß augenblicklich keine Gefahr für weitere Explosionen bestehe. Eine Abteilung Marinejohndaten löschte unter Lebensgefahr eine Reihe von Teilbränden, die dem Armeearsenal hätten gefährlich werden können. Die Suche nach den Opfern wird fortgesetzt. Man nimmt an, daß sich die Zahl der bisher mit 19 gemeldeten Toten noch erhöhen wird.

Der Protest wegen Germersheim.

m. Berlin, 14. Juli. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Die Uebergriffe der französischen Besatzung in Germersheim, über die das Auswärtige Amt aus unbekanntem Gründen tagelang nur sehr schlecht informiert worden ist, haben jetzt zu der Vorstellung des deutschen Völkerverhandlung in Paris, Herrn v. Hoeseh, bei Briand geführt. Gleichzeitig hat auch der Reichskommissar für die besetzten Gebiete, Freiherr Langewerth von Simmerz, die Rheinlandkommission um Aufklärung der Vorfälle in Germersheim und die strenge Bestrafung der schuldigen Militärpersonen gebeten. Eine Antwort hat er bis jetzt nicht erhalten, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß der Oberkommissar Litard sich z. Zt. sehr häufig in Paris aufhält und aus diesem Grunde noch nicht dazugekommen ist, sich mit der Angelegenheit Germersheim zu beschäftigen. Infolgedessen hat das Auswärtige Amt jetzt seinen Völkerverhandlung vorgeschickt, sobald zu hoffen ist, daß es man bald zu einer uns völlig befriedigenden Beilegung der Angelegenheit kommt.

Die Völkerbundskommission für geistige Zusammenarbeit.

II. Genf, 14. Juli. In den beiden nächsten Wochen wird die Kommission für geistige Zusammenarbeit des Völkerbundes ihre Arbeiten aufnehmen. Es werden fünf Unterkommissionen und eine Vollsitzung tagen. Am 15. Juli beginnt die Unterkommission für das geistige Eigentum, am 17. Juli die Unterkommission für Hochschulbeziehungen, am 20. Juli die Unterkommission für Wissenschaft und Kunst und am 23. Juli die Unterkommission für Geographie. Die Vollsitzung beginnt am 26. Juli. Sie prüft die Berichte der Unterkommissionen. Aus verschiedenen und teilweise sehr naheliegenden Gründen ist eine Sachverständigenkonferenz vom 3. August besonders bemerkenswert. Sie soll über die Methoden beraten, wie die offiziellen und inoffiziellen Bestrebungen vereinheitlicht werden können, die darauf abzielen, der Jugend die Grundzüge des Völkerbundes zu lehren und die junge Generation daran zu gewöhnen, die geistige Zusammenarbeit als normale Methode im Völkerverleben anzusehen. Neben Verwendung von Fragebogen an Vereine und Körperlichkeiten soll erwogen werden, ein Lehrbuch für den Gebrauch bei Jugendunterricht zu schaffen.

Große Flottenparade vor Mussolini.

II. Mailand, 14. Juli. Mussolini ließ sich gestern im Hafen von Ostia die gesamte italienische Flotte vorführen. Es waren etwa fünfzig Einheiten, darunter auch große Schlachtschiffe vertreten. Im Juli sind vier neue Torpedoboote in die Flotte eingegliedert worden und zwar die ersten vier von den sechzehn im Bau begriffenen.

Das neue evangelische Kirchenparlament in Baden.

M. H. Am Sonntag hatten wir in Baden wieder einmal einen Wahltag. Der ist aber im ganzen Lande so still und ruhig verlaufen, daß es schon vorkommen konnte, daß der eine oder andere sonst recht wahlleifrige Staatsbürger, der an dieser Wahl nicht unmittelbar beteiligt war, davon überhaupt nichts gemerkt hat. Die evangelische Bevölkerung wählte ihr neues Kirchenparlament, und zwar genau so, wie sonst Landtag und Reichstag gewählt werden, d. h. nach dem allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahlrecht unter Zugrundelegung des Verhältniswahlsystems mit Einschluß der Frauen. Nur hinsichtlich des Wahlalters besteht ein kleiner Unterschied. Zu den Kirchenwahlen sind alle männlichen und weiblichen Mitglieder der evangelischen Landeskirche vom vollendeten 25. Lebensjahre an wahlberechtigt, während zu den Reichstags- und Landtagswahlen schon die Vollendung des 20. Lebensjahres genügt. Dieses moderne Wahlrecht hat der evangelische Kirche die Revolution gebracht. Schwach war die Beteiligung an den Wahlen zur evangelischen Landesynode auch schon in Friedenszeiten und der Proporz hat darin keine wesentliche Änderung gebracht. Vor sechs Jahren, am 27. November 1920, bei den letzten Synodalwahlen, fanden ganze 27 Prozent aller Wahlberechtigten den Weg zur Ursturne; diesmal waren es etwas mehr, nämlich etwa 33 Prozent. Wie bei politischen Wahlen, so ist auch bei den Wahlen zum Kirchenparlament Wahlschlauheit scharf zu verurteilen, denn auch hier geht es um große, bedeutsame Fragen. Die Landesynode berät und beschließt, wie kurz registriert sei, über alle wichtigsten Angelegenheiten der Landeskirche, so über die Wahl des Kirchenpräsidenten und der Kirchenregierung. Ihr obliegt ferner die Entscheidung über Lehre, Kultus, Zucht und Verfassung; ihr obliegt die Gesetzgebung auf dem ganzen Gebiete des Kirchenwesens; sie hat das Recht der Beschwerde über die Amtsführung der Kirchenregierung und des Oberkirchenrates; sie hat zu entscheiden über die Bewilligung der allgemeinen Ausgaben und Einnahmen, und zwar durch Geleit auf die Dauer von drei Jahren; neue Lehr-, Gesang- und Kirchenbücher können nur mit der Genehmigung der Landesynode eingeführt werden. Das sind Rechte, die die Wahlberechtigten schon etwas höher einschätzen sollten, als dies im allgemeinen zu geschehen pflegt. Mit dem Schimpfen auf den hohen Kirchensteuergeld allein und mit dem etwaigen Austritt aus der Kirche aus diesem Grunde ist es nicht getan. Da wir gerade bei Verfassungsfragen der Landesynode sind, sei auch erwähnt, daß sich diese im ganzen aus 63 Mitgliedern zusammensetzt und zwar aus 57 von den stimmberechtigten Mitgliedern der Landeskirche gewählten und aus 6 von der Kirchenregierung ernannten Abgeordneten.

Von dem letzten Kirchenparlament gehörten 32 Abgeordnete der Kirchlich-Positiven Vereinigung, 18 der Kirchlich-Liberalen Vereinigung, 4 der Landeskirchlichen Vereinigung und 3 dem Volkskirchbund evangelischer Sozialisten an. Danach verfügte die Rechte über 32 positive + 4 Landeskirchliche = 36 Abgeordnete, während die Linke nur 18 Liberale + 3 volkskirchliche = 21 Synodale zählte. Das Übergewicht der Rechten betrug demnach 15 Mandate, war also sehr stark und sie wählte schließlich vor ein paar Jahren auch den Führer der Positiven, den Bretener Pfarrer D. Wirth, zum Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrates und belegte das Amt des Prälaten mit einem Positiven. Der Ausfall der Wahlen am letzten Sonntag kam manchem Uneingeweihten überraschend, denn in der neugewählten Landesynode sind vertreten: die Positiven mit 30, die Liberalen mit 17, die Landeskirchlicher mit 3 und die Volkskirchlichen mit 7 Abgeordneten. Die Mehrheit der Rechten über die Linke beträgt demnach nur noch 9; sie hat sich also um 40 Prozent vermindert (30 + 3 = 33 gegen 17 + 7 = 24). Gegenüber 1920 haben alle Parteien mit Ausnahme des Volkskirchbundes an Mandaten eingebüßt, und zwar die Positiven 2, die Liberalen und die Landeskirchlicher je 1; das sind zusammen 4 und diese 4 können die Volkskirchlichen als Gewinn buchen. Daß die einzelnen Parteien diesmal höhere Stimmzahlen aufweisen können, als vor sechs Jahren, ist auf die um 6 Prozent stärkere Wahlbeteiligung zurückzuführen. So wurden für die Positiven 15 285, für die Liberalen 13 917, für die Landeskirchlicher 1022 und für die Volkskirchlichen 632 Stimmen mehr als 1920 abgegeben, während die nur in Mannheim auftretende, politisch neutrale, kirchlich-soziale Volkskirchliche Vereinigung 308 Stimmen einbüßte. Den größten Erfolg hat demnach der Volkskirchbund zu verzeichnen. Dieser ist ein Produkt der Nachkriegszeit. Wir hatten vor dem Kriege in Baden nur drei kirchliche Parteien: die Liberalen, die Positiven und die Landeskirchlicher. Nach dem Krieg tat sich der Volkskirchbund auf, unter dessen Gründern und Führern und erst recht unter den Wählern sich sehr viele Liberale befanden; freilich im Laufe der letzten Jahre haben ihm viele davon den Rücken gekehrt, namentlich nachdem er sich den Namen „Volkskirchbund evangelischer Sozialisten“ gegeben hatte. Seine starke Zunahme am letzten Sonntag dürfte hauptsächlich aus den Reihen der Angehörigen der Sozialdemokratischen Partei erfolgt sein; diese soll ja, wie in unterbadischen Blättern zu lesen stand, die Parole ausgegeben haben, ihre Mitglieder sollen sich an den Kirchenwahlen beteiligen. Jedenfalls zeigt ein Blick auf die Einzelergebnisse, daß die Volkskirchlichen gerade in den Industriezentren des Landes stark zugenommen haben, z. B. in Mannheim von 1787 auf 6618 und in Pforzheim von 419 auf 1075. Unter diesen Umständen kann man es verstehen, wenn heute manche behaupten, die Sozialdemokratische Partei habe der Kirche nicht mehr gleichgültig gegenüber wie früher, sondern sie veruche auch hier ihren Einfluß geltend zu machen. Auf der anderen Seite wird aber auch als Grund des starken Anschwellens der volkskirchlichen Stimmen die Haltung des Kirchenpräsidenten D. Wirth in verschiedenen Fragen wie Reichspräsidentenwahl, Fürstenabfindung, „Reichsbanner“ usw. angesehen.

Der Wahlkampf tobte zwar nicht so heiß wie vor Reichstags- und Landtagswahlen; immerhin aber wurde diesmal eine außerordentlich starke Propaganda im ganzen Lande entfaltet. Verlamung folgte auf Verlamung und zwar nicht allein in den Städten, sondern auch draußen auf dem Lande. Die Werbetrommel wurde

Der Schemel fliegt . . . Kabassahal.

Nach einer Meldung aus Smerna sollen die zum Tod verurteilten Hauptverursacher im Komplott gegen den Staatspräsidenten Kemal Pascha, auf die arabischen türkischen Städte verteilt, aufgeführt werden, als abschreckendes Beispiel für die ganze Bevölkerung.

Die letzte große politische Exekution unten in der Türkei habe ich miterlebt, erzählt ein Augenzeuge in einem Schweizer Blatt. Die ungerissene Nacht konnte gestern gewesen sein. Dieses blieb in Erinnerung: die Fahrt mit dem Polizeimeister von Pera in der Nieslufische auf zerhacktem Pflaster hinunter zum „Goldenen Horn“.

An der See halten wir jäh. Ein Reitertrupp mit gezückten Säbeln raselt vorbei. Sechs Pferdewagen, mit galoppierenden Rossen, hüpft ein heller Kasten, kleiner Kommandantenwagen, heran. Der Kommandant peilt die Tiere wie rasend. Hinter dem Wagen jagt eine zweite Reiterkette. Durch die viereckige Luke des Gefährtes und im Schein der nächsten Jägertruppe matten Straßenlaterne sind vier Köpfe sichtbar, farr wie an Panoptikumfiguren.

Der Polizeimeister stößt mich von der Seite an: „Da, da, sie sind . . .“

Auch wir im Galopp hinterher, bis die Gasse in weiter, überwältigender Sichtfülle mündet. Quelle, Behälterin des Lichts ist die überirdisch weiße, ganz vom Mondschein getroffene Front der großen Moschee. Das riesige Gestrirn, mit den Narben seiner verfestigten Meere, sitzt drüben auf den Bergen Afriens. Aussteigen, Legitimation, Gruß und Salutation des prüfenden Offiziers. Durch eine Handbewegung bin ich eingeladen, „näherzutreten“ . . .

Aus je drei Balken gezimmert, ragen vier Galgen. Eine letzte Revision. Die Henker: Weißbrennigte gelbe Zigeuner, denn kein Türkische geht sich her, unteruchen die Schlingen, sind im Nu zuoberst und proben die glatte Funktion des fingerdicken Seils, das über ein speisendes Rädchen läuft. Alles in Ordnung. So hoch sie rittlings, die messerförmigen Köpfe gegen den Mond geteilt, unbeweglich wie herabfällende Tiere auf den Galgenstangen. Sie haben nicht lange zu warten. Denn nun geht die Tür des Armeiländerkastens auf, ein Wachspolierkabinett wird lebendig, und die Verurteilten, einer um den andern, steigen, weißbehemdet, langsam majestätisch aus: Drei Pascha, Feinde des neuen Systems, erlappte Komplotteure, der Vierte ist ein Derwisch und Kebrer, dessen Wort keiner widerstand. Im weißen Sterbehemd schreiben sie einher, ein jeder unter seinen Galgen, neben den Schemel, worauf er dann, um exekutiert zu werden, stehen muß.

Der letzte, der den Rasen verläßt, ist von mächtiger Figur, er hat zwei Fledern totenblasse Gesicht, der übrige Kopf ist nur schwarzer Müßigkeitsbart. Man nennt ihn den Kabassahal, den Schwarzbart. Er geht mit vollem Namen: Kabassahal Fihretsch Mehmed Pascha, war Chef der Inquisition, der furchtbaren Tische des alten Regimes, allmächtiger heimlicher Diktator und oberster Henker in Person. Seine wohl an hinesischen Vorbildern geübte Diebstahlstorte bestand im Einführen siedendheißer harter Eier in die Achselhöhlen der politischen Verdächtigen, um sie gefraglicher zu machen. Vor der Erscheinung des gestürzten Allmächtigen treten alle, Offiziere, Soldaten, Zivilpersonen scheu zurück, er würdigt sie keines Blickes, geht langsam hin und stellt sich wie die andern unter den Galgen. So groß ist die geheime Magie des Mannes, daß der Zigeuner sich mit seinen langen Spinnenarmen plötzlich von der Galgenstange löst, auf halber Höhe abspringt und als weißer Wispel im Dunst der nächsten Gasse fliegt.

Aber schon ist der äußerste, rechts gerichtet. Sein Leib verjährt im Leeren, der Kopf legt sich ganz auf die Seite, der Henker und Nachhärer mit dem Zuckerschnitz beugt sich aus dem Sternbild des Orion, das ihn, von unten gesehen, begrenzt, weit herab, um zu prüfen, ob die Arbeit auch gelungen sei.

Der zweite hat in sich versunken eben zu Ende gebietet, steht auf und schießt sich zum Sterben an. Der Dritte, der Derwisch, spuckt den Stein der letzten Olive aus — Oliven sind die gewohnte Henkerkost — leert das Glas Wasser mit einem Zug, sündet sich eine Zigarette an und schaut gelassen zu, wie ihm der Schicksalsgerosse zur Linken den Tod vormacht. Zwei Soldaten packen den Delinquenten, helfen ihm auf den Schemel, von oben angelt ihn der Henker mit der offenen Schlinge, die Schlinge wird dem Manne, der keine Miene verzieht, um den Hals gelegt, er unterzieht die Prozedur, indem er den Hals in die Höhe redt — ruhig, selbstverständlich, in einer Geistesruhe ist nicht gemühter — der Schemel, vom Soldaten jetzt schnell gestossen, fliegt zur Seite und der Pascha fällt in den Raum . . . der Körper zieht im Todeskrampf die Knie an, gerät ins Krächzen wie ein gewaltiges Kugelventil, freist langsam wieder in die alte Lage zurück, streckt sich, aus . . .

Als der Derwisch schon im Leeren hängt, zerreiht er die Schnur, womit man ihn kurz vor der Exekution die Hände zusammenband, faßt die Schlinge, turnt sich daran hoch, schon lodert er sich den Hals, das witzverzerrte feine Anselbargegesicht schleudert den Schemel einen vierhundertfachen Fluch entgegen . . . aber zwölf Arme haben ihn wieder gepackt und stoßen ihn durchs dunkle Tor. Der Kabassahal besorgte seine Hinrichtung unterdessen selbst. Schon hängt er leblos und riesengroß am Galgen. Alle haben sich in weitem Bogen scheu von der Richtstätte entfernt. So farb der Diktator: Dem Offizier, der sich ihm mit den Oliven bebend naht, schlägt er das Tabrett aus der Hand, tritt dann auf den Schemel, prüft die Schlinge eigenhändig auf ihre Festigkeit, steckt den Kopf hinein, gibt dem Schemel einen Stoß und bleibt sofort ebern ruhig, mit ehernem Willen zum Tode, hängen.

Stockholm — die schöne Stadt im Norden.

In der Wissenschaftsstadt.

(Von unserem K. F. -Berichterstatter.)

Wer nach der schwedischen Hauptstadt fährt, vergesse nicht, daß sie ungefähr auf derselben geographischen Breite liegt, wie Koda, also etwas südlicher als Petersburg. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß in Stockholm russische Kälte herrscht, wie man sich wohl überhaupt über die klimatischen Verhältnisse des Nordens im allgemeinen falsche Vorstellungen zu machen pflegt. (Auch in Stockholm ist es in diesem Jahre an den berühmten Sommertagen so heiß gewesen, daß über 30 Grad erreicht wurden.) Aber der Wärme des Tages folgt erhebliche Abkühlung im Abend und außerdem herrscht fortgesetzt ein nicht nur kalter, sondern auch meist heftiger Wind, so daß der Mantel zur Wohlthat und die von den Cafés und Restaurants für jeden Stuhl mitgelieferten dicken wollenen Decken zur Notwendigkeit werden, um so mehr, wenn man die vorzüglichen Konzerte der Militärkapellen, die von 9 Uhr abends bis Mitternacht dauern, im Freien genießen will. Aber abgesehen davon ist Stockholm auch heute noch die landschaftlich wundervolle Stadt mit dem Beltsruf, den sie von jeher beisehen hat, ja noch mehr, die Erscheinung der seenreichen Umgebung ist in den letzten fünf Jahren in fast amerikanischem Tempo vor sich gegangen, so daß ein Kranz ganz neuer villen- und gartenreicher Vororte sich um die Wasser und Berge lagert.

Auch in Stockholm hat in der letzten Zeit ein beträchtlicher Aufschwung des Autoverkehrs eingeleitet, daß nach einer jüngst veröffentlichten Statistik jeder zwölfte Stockholmer einen Wagen hat (eine andere interessante statistische Zahl stellt den Anstieg eines jeden vierten Stockholmers an das Fernsprechnetz fest). Die Gepflogenheit, links zu fahren und die ununterbrochene Reihenfolge der Wagennummer auf Straßen und Plätzen verwirrt natürlich den reorientierten Deutschen, dem auch in erster Zeit auf den Schrittplatten fortgesetzte Zusammenstöße durch verkehrtes Ausbiegen widerfahren. Zwischenfälle, die übrigens von den Schweden mit vollkommener Höflichkeit erdient werden. Die Verkehrsdisziplin selbst ist außerordentlich ausgebildet. Es geht auch ohne viel Gewinne und Gefühlsverlust der Verkehrsregeln. Zum Teil sorgen automatische Blinklichter ganz von selbst für die Abmildung. (Uebrigens wird die charakteristische Kugelhaube der Stockholmer Schulleute, durch die man fortgesetzt an unsere frühere deutsche Artillerie erinnert wird, demnächst verschwinden und einem Käppi nach belgisch-schweizerischem Schnitt Platz machen.) Daß der Straßenbahn- und Autobusverkehr namentlich nach den Vororten stark gesteigert worden ist, verleiht sich von selbst. Auch die charakteristischsten der Stockholmer Verkehrsmittel, die zahlreichen Fährboote, beleben die Seen und sonstigen Gewässer in vermehrter Zahl. Es gibt kaum einen schöneren Genuß, als auf ihnen über die blau-grünen Fluten zur Mitternachtsdämmerung durch das weiße Samtlicht des Abends zu fahren.

Am das Verkehrsgebiet gleich abzuschließen, sei noch auf die weitgehende Ueberführung der Eisenbahnen in elektrischen Betrieb verwiesen. Schweden mit seinen überreichen Schätzen an weißer Kohle ist neben der Schweiz von jeher das klassische Land der Elektrizität gewesen. Der Aufschwung der Elektrotechnik tritt daher allerorts zutage. Die Eisenbahnen im besonderen sind denen des Kontinents an Bequemlichkeit und Schnelligkeit weit voraus und selbst unsere deutschen Schlafwagen, die doch gewiß schon musterhaftes an praktischer Handhabung und Bequemlichkeit bieten, können noch manches von der Einrichtung der schwedischen Schlafwagen lernen. Daß die Fahrt von Malmö oder Trälleborg nach Stockholm trotz der erhöhten Geschwindigkeiten auch heute noch über 12 Stunden im Anspruch nimmt, mag als Beweis für die von uns viel zu wenig bekannte Ausdehnung des schwedischen Reiches angesehen werden, das an Flächeninhalt hinter dem heutigen durch Versailles verkleinerten Deutschland nur noch wenig zurückbleibt.

Das Bild des alten Stockholm, unglücklich Deutschen von früher her bekannt, hat keine wesentliche Änderung erfahren. Nur an zwei Punkten erhebt sich Neues. Zum ersten erhält der Bahnhof eine gründliche Modernisierung, zum anderen hat das neue Stadthaus zu den himmelragenden Notenspitzen über dem Linienstrahl der Häuser und Hügel eine neue Formate hinzugefügt. Man soll mit Superlativen vorsichtig sein, aber hier sind sie wirklich einmal angebracht. Dieses monumentale Gebäude ist nach Plänen von Ragnar Östberg erbaut und am 400. Jahrestag von Gustav Wasas Einzug in Stockholm, zur Sonnenwende 1923, eröffnet worden. Östberg hat etwas absolut Neues schaffen wollen. Man muß ihm zugestehen, daß ihm der tühne Wurf auch voll gelungen ist. Er ist weder in gesuchter Maniertheit verfallen, noch hat er ein Stillonglomerat errichtet, obwohl man sich zeitweilig in die Alhambra nach Granada oder in den Degenpalast in Venedig verirrt fühlt. So eigenartig es klingt mag: das Schwere, Maßige, Flächige fällt sich unmerklich in Elegantes und Kühnheitsmühen aus. Innen und außen wird das Stadthaus zu einem Prachtbau, wie ihn wohl nur wenige Städte der Welt aufzuweisen haben. Die Sitzungssäle der städtischen Behörden und Kollegien, die Prinzengalerie, der „Drei-Kronen-Saal“ und vor allem der Goldene Saal von geradzun mächtigster Pracht, dessen Mosaikarbeiten nebenbei bemerkt deutschen Ursprungs sind, bilden eine Steigerung, die nicht mehr übertroffen werden kann. Hinzukommen noch die Gartenanlagen am Ufer des Mälarsjöns, in denen drei Wärmestationen von August Strindberg, Gustav Keding und Ernst Josephson stehen, alle drei in klassischer Nahtzeit. Der Besuch des Stadthauses hinterläßt in jeder Beziehung die stärksten und nachhaltigsten Eindrücke.

Der Amerikanismus in baulicher Hinsicht hat an zwei Stellen der Innenstadt seinen Einzug gehalten. Zwei wie riesige Polonen wirkende Hochhäuser und der Riesenbau der Nordiska Companiet, des größten Warenhauses in Skandinavien, vermittelte gleichzeitig ideale Auslastungsplattformen zur Befestigung Stockholms von oben. Von sonstigen neuer Baulösungen interessiert das Stadion, das seinerzeit bei der 5. Olympiade seine Feuerprobe bestand und auch heute noch, obwohl es inzwischen durch andere Stadien, z. B. das Berliner, an räumlicher Ausdehnung überholt worden ist, durch seine

überlegte sich die Wahl nicht lange. Er nahm eines der Schmuckstücke und fragte nach dem Preis.

„Diese Nadel“, erklärte lächelnd der Juwelier, „ist allerdings etwas teurer, als Sie es wünschen. In ganz Paris finden Sie nicht eine zweite dieser Art. Sie kostet 120 000 Dollar.“

Wortlos griff der Mann nach seiner Brieftasche und sagte, „Alles richtig.“ Dann überreichte er einen Scheck auf 120 000 Dollar dem Juwelier, Monsieur Lebrun machte eine abwehrende Geste, er wollte dem Kunden bereits die Tür weisen. Mister Morton erriet die Absicht und fiel ihm ins Wort.

„Sie scheinen daran zu zweifeln, daß die Bank diesen Scheck auch honorieren werde. Sie halten mich offenbar für einen Hochstapler. Ich habe größeres Zutrauen zu Ihnen als Sie zu mir. Der Scheck bleibt hier. Auch die Nadel können Sie bis morgen behalten. Wenn Sie dann die 120 000 Dollar beboben haben, werde ich die Nadel abholen.“ Lebrun bat verlegen um Entschuldigung, der Amerikaner hörte ihn jedoch nicht an, nahm seinen Hut und verließ den Laden. Der Juwelier verdrachte eine schlaflose Nacht. Er konnte sich nicht recht entscheiden, in die Bank zu gehen und den Scheck vorzuweisen. Man würde ihn, meinte er, auslachen, denn der Mann ist doch sicherlich ein Hochstapler. Er fandte schließlich seinen Buchhalter in die Bank; der Scheck wurde ansichtslos ausbezahlt. In den Mittagstunden erschien der Amerikaner; ohne nach dem Schicksal des Schecks zu fragen, verlangte er seine Krawattennadel. Lebrun wollte abermals um Entschuldigung bitten, der Amerikaner hörte ihn auch diesmal nicht an, nahm sein Schmuckstück, sagte Good by, bestieg sein Auto und fuhr davon.

Vor einigen Tagen betrat nun wieder ein Amerikaner das Geschäftslokal in der Rue de la Paix. Monsieur Lebrun erkannte in dem Kunden den Bankier aus Washington. „Ich habe sether“, sagte er dem Juwelier, „hundertmal bereit, die Krawattennadel gekauft zu haben. Meine Frau läßt mich näm-

praktische Anlage vorbildlich wirkt. Das Gebäude für Kunst und Wissenschaft in der sogenannten Wissenschaftsstadt haben sich zu einem ganz neuen Stadtteil verdichtet. Jenseits der berühmten Engelbrecht-Kirche gelegen, sind es vor allem die Gebäude der Veterinärhochschule, die Experimentalgebäude der Wissenschafts-Akademie, der Botanische Garten mit seinen außerordentlich interessanten Anlagen, das Nobel-Institut und vor allem namentlich das neue Reichsmuseum, das bis zu einem gewissen Grade Ersatz für einen Zoologischen Garten bietet, soweit es sich um Tiere aus heißen klimatischen Zonen handelt. Einzig in seiner Art ist die riesige Walthalle, in der sich die verschiedensten Male, teils im Steile, teils präpariert, befinden. Auch die technische Anlage, die es ermöglicht, die Meerengeheuer in ihrer Länge bis zu 23 Metern von allen Seiten zu besichtigen, ist bemerkenswert.

Das Nordische Museum hat wertvolle Ergänzungen seiner einzigartigen Sammlung erfahren. Auf zwei Besonderheiten sei hingewiesen. In der sogenannten königlichen Rüstkammer befinden sich die Sammlungen aus der Geschichte der Träger der schwedischen Dynastien. Naturgemäß richtet sich das Interesse auf die beiden schwedischen Könige, die ihr Leben auf dem Schlachtfeld verloren haben, auf Gustav Adolf und Karl XII. Die weithellen Ausblicke, die man an ihren Gräbern in der Riddarholms-Kirche erlebt, erfahren eine ungewohnte Steigerung angeht des Pierdes, der Waffen, der Kleidung Gustav Adolfs und der sonstigen Erinnerungen aus der Lühener Schlacht, die in tieferer Piktät im Nordischen Museum aufbewahrt werden, umfomehr, als namentlich alle Kleidungsstücke wieder vollständig vorhanden sind. Es ist vielleicht nicht allgemein bekannt, daß der Leiche Gustav Adolfs der berühmte Genkolier abgezogen und nach Wien verbracht wurde, wo er im Arsenal bis vor kurzem eines der Haupterinnerungsmittel bildete. Als Dank für die Fürsorge, die Schweden auch den österreichischen Kindern, namentlich nach dem Kriege, angedeihen ließ, hat der österreichische Staat im Jahre 1923 dieses Koller mit dem angelegten Einschloß des tödlichen Piktolenchusses auf dem Rücken an Schweden zurückgegeben, das es als kostbare rationale Reliquie in besondere Obhut genommen hat. Die zweite Walthalle bilden das Arbeitszimmer und die Bibliothek Strindbergs, die von dessen Erben dem Museum übergeben und in dem gleichen Zustand wieder aufgestellt wurden, wie bei Lebzeiten des großen schwedischen Dichters.

Die moderne Kunst hat eine neue und würdige Heimstätte in der Thieliska-Galerie gefunden, zu der man durch den prägnanten Djurgarden gelangt. Die Galerie, die 1925 vom Staate erworben wurde, enthält die wertvollsten Stücke schwedischer und nordischer Kunst seit der Jahrhundertwende, u. a. eine beinahe vollständige Sammlung von Gemälden und Radierungen Jorns. Eine geradezu ideale Vereinigung von Kunst und Kultur ist aber das berühmte Skanen auf luttiger Höhe, das die Freiluftabteilung des Nordischen Museums und Zoologische Gärten für nordische Tiere enthält. Die zahlreichen altertümlichen Bauernhöfe aus allen Teilen Schwedens, in deren Mitte täglich Volkstänze im Freien in den malerischen Trachten der Bewohner der verschiedenen schwedischen Landschaften vorgeführt werden, erteilen einen eindringlicheren Anschauungsunterricht, als es noch so viele Bühnen vermögen. (Auf den Terrassen des Restaurants Jounhallen mit der herrlichen Aussicht über Stockholm werden die Deutschen von den Klängen einer Marinekapelle empfangen, wo sie als Gäste der deutschen Gesandtschaft namentlich mit Ewen Hedin unvergeßliche Stunden verleiben.)

Nach einer Veränderung muß gedacht werden, die den Deutschen besonders merkwürdig anmutet, wenn er im Lande des klassischen Schwedenpunsch auf die Prohibition trifft. Freilich ganz so trodengelegt wie Amerika ist Schweden nicht, aber dem Alkoholverbrauch sind seit einigen Jahren erhebliche Schranken gezogen. Bier kann man allerdings trinken so viel man will, aber gemessen an unserem seligen Schwundem Kriegsbier war dieses ein Exportbier von unerhörter Stärke. Aquavite und Schwedenpunsch dürfen nur im Zusammenhang mit Speisen genossen werden und auch dann nur in bescheidenem Maß. Oder aber man muß das Essen noch einmal von vorne beginnen. Wein ist zwar freigegeben, ist aber so fündhaft teuer, daß schon der Genuß einer Flasche ein kleines Vermögen kostet. Die bekannten Begleiterdeinungen aus Amerika wiederholen sich, wenn auch nicht in so starkem Maße, in Schweden. Auf Korruption und Amoral stößt man allerorten und es herrscht ein ewiger Kampf gegen die Gehehe des Staates. Zufrieden mit dem gegenwärtigen Zustand ist niemand, auch nicht die Väter und Befürworter der Prohibition. Dennoch ist die Antipathie gegen die Alkoholbeschränkung noch nicht so stark, daß man sie etwa zur Parole eines politischen Wahlkampfes machen könnte, jedoch der gegenwärtige Zustand wohl noch eine Zeitlang dauern wird. Eines ist aber gewiß: auch der schärfste Gegner des Alkoholmischbrauchs kann in dieser Regelung keine ideale Lösung erblicken und kehrt als gleich schärfer Gegner des Gemeindebestimmungsrechtes, dessen Einführung vor einiger Zeit in Deutschland verjagt wurde, zurück. (Und des Tabakmonopols! Denn die Regierprodukte an Zigaretten und Zigarettensinken buchstäblich zum Himmel!)

Eines aber hat die Prohibition nicht zu ändern vermocht: die freundschaftliche Gesinnung der schwedischen Bevölkerung gegenüber Deutschland. Wer freilich glaubt, daß er in offene Arme fliege, wird sich enttäuscht sehen. Gefühlsüberhöhung liegt nun einmal dem schwedischen Charakter nicht. Er ist gemessen und zurückhaltend, freundlich und höflich, stammt aber nicht in Strohfeder auf. Man denkt unwillkürlich an die berühmte „Kolladen“ der Norddeutschen, aber hat man sie nur erst ein wenig gekostet und kann dann ins Innere schauen, dann findet man darin Helle und Wärme und Freundschaft. Und wenn die schwedischen Reisebüros auf ihren Werbefchriften die Forderung erheben: „Das ist eine Schweden, das Land, das Sie kennen lernen müssen“, so besteht dies nur zu Recht. Aber nicht nur für das wirklich naturforschende Land allein, sondern auch für seine Bewohner, denen wir noch lange nicht so nahe stehen, wie es nach Zug und Recht sein müßte. Mäße deshalb jeder Deutsche, der schwedischen Boden betritt, sich der nationalen Aufgabe bewußt sein, daß auch er an seiner Stelle ein geistiger Brückenbauer über die Diffe sein muß.

„Ich muß es haben“, fügte nun der Amerikaner hinzu. „Sie können bis 220 000 Dollar gehen.“ Lebrun verbeugte sich und versprach es anzubieten, um das gewünschte Schmuckstück zu finden. Am nächsten Tag ging er in den Diamantentub, übergab eine genaue Schilderung des von ihm gesuchten Schmuckstückes etwa zehn Agenten. Am fünften Tag kam ein Agent zu ihm und machte ihm die Mitteilung, er habe das gesuchte Schmuckstück gefunden. Es gehörte einem Juwelier aus Amsterdam, der dafür jedoch 240 000 Dollar verlangte. Die Krawattennadel war tatsächlich jener haargenau ähnlich, die Lebrun seinerzeit an den Amerikaner verkauft hatte. Nach langwierigem Handeln kam das Geschäft zustande. Lebrun zahlte dem Agenten in der Hoffnung eines großen Verdienstes die verlangte Summe aus. Noch am selben Tage suchte er den Amerikaner in seinem Hotel auf.

„Mr. Morton ist bereits vor vier Tagen abgereist“, lautete die Antwort des Portiers. Erst jetzt wurde es dem Juwelier klar, daß er einem geriebenen Hochstapler aufgesessen war. Er hatte seine eigene Nadel um den doppelten Betrag zurückgekauft. Seither suchte die Pariser Polizei nach Mr. Morton aus Washington.

Die Krawattennadel um 100 000 Dollar.

Der Gaunertrick eines Amerikaners in Paris.

Die Pariser Behörden befaßen sich seit einigen Tagen mit der Aufklärung eines großartigen Betruges, dessen Opfer einer der reichsten und bekanntesten Juweliere der französischen Hauptstadt, Armand Lebrun, ist. Es sind drei Monate her, daß im Geschäftslokal des Juweliers, in der Rue de la Paix, sich ein eleganter Mann eingefunden und sich als Henry Morton, Bankier aus Washington, vorgestellt hat.

„Eine Krawattennadel möchte ich kaufen“, erklärte er. „Zeigen Sie mir die schönste, die Sie haben, der Preis darf bis 100 000 Dollar sein.“ Dem Juwelier kam der Mann etwas verdächtig vor. Es ist doch in den elegantesten Juwelierläden kein allmöglicher Fall, daß ein Mann eine Krawattennadel im Werte von 100 000 Dollar kaufen möchte. Er dachte an irgendeine Falle. Sein Blick fiel auf einen glattrasierten jungen Mann, der neben ihm hinter dem Pult stand. Er war nun beruhigt, denn dieser junge Mann, ein Privatdetektiv, ist von Herrn Armand Lebrun vor einem Jahr engagiert worden, um den Kunden auf die Finger zu schauen und einen Raubüberfall, wie es in Paris in Juwelierläden so oft vorkommt, zu verhüten. Aus dem Tresor entnahm nun Lebrun die zwei herrlichsten Krawattennadeln und legte sie dem Fremden vor. Der angeblende Morton

Unsere beiden hentigen Ausgaben umfassen 20 Seiten.

Badischer Landtag. Die Novelle zum Forstgesetz.

Zurückverweisung an die Regierung.

In der gestrigen Nachmittags-Sitzung des Reichspflegerausschusses des Badischen Landtages wurde die Beratung der Novelle zum Forstgesetz über die ehemaligen Stammgutswohnungen fortgesetzt. Ein sozialdemokratischer Redner regte an, daß die Regierung das Gesetz noch einmal nach der Richtung prüfen soll, ob nicht die Bestimmungen des Gesetzes auf größere Privatwaldungen ausgedehnt werden sollen. Von dem Vertreter der demokratischen Fraktion und der Bürgerlichen Vereinigung wurde der sozialdemokratische Antrag unterstützt. Ein Zentrumsaideologe erklärte sich nicht mit der Ausdehnung der Bestimmungen auf die Privatwaldungen einverstanden, weil dies einen großen Eingriff in die Rechte der Privatbesitzer bedeuten würde. Die gleiche Auffassung wurde auch von dem deutschvolksparteilichen Sprecher vertreten.

Dann gab der Vertreter der Regierung längere Erläuterungen über die Schwierigkeit der Ausdehnung der Bestimmungen. Der Privatwald stehe im allgemeinen nicht unter sachmännlicher Leitung. Der Staat müßte vielfach die Verwaltung in die Hände nehmen, was große Anforderungen an den Personalbestand der Forstverwaltung verursachen würde.

Schließlich wurde der sozialdemokratische Antrag, wonach die Regierung prüfen möge, ob die Bestimmungen des Gesetzes nicht auch auf die Waldbesitzer, die 150 oder mehr Hektar Wald besitzen, auszudehnen seien, nach längerer Erörterung darüber, daß diese Grenze zu hoch gegriffen sei, wenn man mit dem Antrag überhaupt etwas erreichen wolle, dahin abgeändert, daß die Prüfung sich auf alle größeren Waldbesitzer erstrecken solle. Nachdem man aber von verschiedenen Seiten, namentlich vom Zentrum und der Deutschen Volkspartei, der Befürchtung Ausdruck verliehen hatte, daß durch den Wunsch des Ausschusses auf Ausdehnung auf die Privatwaldungen erlöst werden könne, wurde ein deutschvolksparteilicher Antrag eingereicht, nach dem die Regierung die Gesetzesnovelle noch einmal nach der Richtung hin prüfen soll, ob sie die Bestimmungen auf die größeren Privatwaldungen ausdehnen wolle oder ob sich dies nicht empfehle; weiter soll die Regierung die Notwendigkeit des Gesetzes überhaupt auch für die bisherigen Stammgutswohnungen noch einmal prüfen und näher begründen.

In der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag mit 9 gegen 7 Stimmen bei 1 Stimmenthaltung abgelehnt und der volksparteiliche Antrag mit 16 gegen 1 Stimme angenommen. Somit wird der Gesetzesentwurf durch die Regierung nochmals geprüft; außerdem wird näheres statistisches Material beschafft werden. Die Novelle wird also voraussichtlich den Landtag vor den Sommerferien nicht mehr beschäftigen können.

Die Wahlen zur Evangelischen Landesynode.

Es liegt nunmehr das Wahlergebnis für die ganze Landeskirche vor:

- 90 081 positive Stimmen
 - 57 698 liberale
 - 12 034 für die Landeskirchl. Vereinigung
 - 857 für die volkskirchliche Vereinigung
 - 27 395 für den Volkskirchenbund evangelischer Sozialisten.
- Nach genauer Berechnung unter Berücksichtigung der verbundenen Listen werden in der neuen Synode die Kirchlich-Positiven durch 30, die Kirchlich-Liberalen durch 17, die landeskirchliche Gruppe durch 3 und der Volkskirchenbund evangelischer Sozialisten durch 7 gewählte Abgeordnete vertreten sein.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

Kommen bereits für die unmittelbare vorangegangene Berichtsperiode vereinzelt, wenn auch nur schwache Anzeichen einer leichten Besserung der Gesamtbeschäftigungslage beobachtet werden, so schien sich für die Berichtszeit (1. bis 7. Juli 1926) diese, wenn auch nur sehr schwache Tendenz zu einer geringen Besserung behaupten zu wollen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger hat — von 66 718 auf 66 119 — schwach abgenommen. Parallel sank auch die Kurzarbeiterziffer (Kurzarbeiter außerhalb der Tabakindustrie) von 7726 auf 6499. War für die vorangegangene Berichtszeit sodann noch keine Besserung des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage zu beobachten, so machte sich für die jetzige Berichtszeit immerhin eine, wenn auch nur schwache Verringerung der (das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt anzeigenden) Andrangsziffer infolgedessen bemerkbar, als am 7. Juli auf eine offene Stelle 47 Arbeitssuchende im Landesdurchschnitt entfielen, während sich die entsprechende Ziffer am 30. Juni immerhin noch auf 53 belaufen hatte.

Doch muß vor voreiligen Schlüssen entschieden gewarnt werden. In der Mehrzahl der Berufsgruppen ist die Lage noch nahezu gleich ungünstig geblieben.

In der Landwirtschaft hat sich der Witterungsumschlag in etwas bemerkbar gemacht, andererseits konnte aber auch wieder verstärkte Nachfrage nach Ausbittelfruchten für die Getreide- und Kleeerntenernte beobachtet werden.

Die durch Abfall- wie Auftragsmangel charakterisierte Lage des Arbeitsmarktes der Metall- und Maschinenindustrie zeigt, im ganzen betrachtet, keine Tendenz zur Besserung. Vereinzelt wurde vielmehr noch weitere Verringerung der Beschäftigungsmöglichkeiten beobachtet. Eine Herdabfabrik hat ihren Betrieb geschlossen, auch in einigen anderen Branchen dieser Berufsgruppe erfolgten noch Entlassungen, wenn auch geringeren Umfangs. In der Schmelzwarenindustrie war ein Abflauen der Aufträge zu bemerken, immerhin blieb einige Nachfrage nach Zinwenarbeitern bestehen. In der Uhrenindustrie und verwandten Industrien hat die Erwerbslosigkeit noch etwas zugenommen.

Innerhalb der chemischen Industrie kam es zu einer größeren Entlassung von Arbeitskräften in der Gummi- und Cellulosefabrikation (etwa 165 männliche, 65 weibliche Arbeitnehmer). Im Spinnstoffgewerbe — Baumwoll- und Seidenindustrie blieb der Arbeitsmarkt, im ganzen genommen, schlecht. Im Lörracher Bezirk war eine Zunahme der Kurzarbeit zu beobachten. Andererseits zeigte eine Seidenweberei des Freiburger Bezirks Bedarf an Arbeitern. Auch machte sich eine, wenngleich zunächst nur schwache Besserung in der Ausbittelfruchtindustrie bemerkbar.

Der Arbeitsmarkt der Papier- und Lederindustrie zeigte gleichfalls schwache örtliche Besserung.

In der Nahrungsmittelindustrie bestand einige Unterbringungsmöglichkeit in der Konservenfabrikation.

In der Tabakindustrie und den mit ihr verwandten Industrien hat die leichte Besserungstendenz trotz gewisser Schwankungen in etwas angehalten. Die Tabakkurzarbeiterziffer ist von 10 681 am 30. Juni auf 9921 auf 7. Juli gesunken.

In der Holzindustrie blieb jedoch die Lage fast allgemein ungünstig.

Dieselbe Feststellung ist für das Bekleidungs- und Schuhgewerbe zu machen. Ebenfalls ist der Kräftebedarf des Baugewerbes gering geblieben.

Der Angefallenenarbeitsmarkt zeigte keinerlei Aussicht auf Besserung. Vielmehr ist die Erwerbslosenziffer der kaufmännischen Berufsgruppe noch infolge weiterer, nicht unerheblicher Entlassungen, gestiegen.

Hingegen belebte sich in der verflochtenen Berichtszeit die Nachfrage nach Hotel(Restaurant)personal.

Die Mannheimer Rheinbrückenfrage.

Der bayerische Innenminister Dr. Stübel, der zu Besuch in Speyer war, erklärte, daß sich in der Rheinbrückenfrage die Stellung der bayerischen Regierung in keiner Weise geändert habe. Das Mannheimer Ludwigshafener Rheinbrücken-

Zur Neuregelung der Wohlfahrtspflege in Baden.

Vom Städteverband und Städtebund wird uns geschrieben:

Von amtlicher Seite wurde in den letzten Tagen in verschiedenen Zeitungsartikeln versucht, die Pläne der Regierung für die Neuregelung der Wohlfahrtspflege in Baden zu verteidigen. Es ist da zunächst darauf hingewiesen worden, daß die Vertiefung der Gemeinden und Kreise auf die ihnen in § 20 der Badischen Verfassung verbürgten Rechte der Selbstverwaltung gegenüber dem Vorhaben der Regierung unbegründet sei, da diese Selbstverwaltungsrechte lediglich „innerhalb der Schranken der Gesetze“ bestehen. Diese Untergrenzung der Selbstverwaltungsbezugnisse wird von den Gemeinden keineswegs vergessen. Nur geht die Auffassung der Regierung und der Gemeinden auseinander, was als „Schranke der Gesetze“ anzusehen ist. Zunächst ist gar nicht zutreffend, was beispielsweise in Nr. 148 der „Karlsruher Zeitung“ zu lesen ist, daß einseitige Träger für die gehobene Fürsorge und die Armenfürsorge reichsgesetzlich vorgeschrieben seien. Diese Auslegung der entsprechenden Bestimmungen der Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht erfolgte erst durch das Bundesamt für das Heimatwesen. Daß man über die Haltbarkeit der fraglichen Entscheidungen geteilter Meinung sein kann, wird die Badische Regierung wohl selbst zugeben; jedenfalls zeigt die bisherige Verteilung der Fürsorgeaufgaben in Baden, daß eine von den Urteilen des Bundesamtes für das Heimatwesen abweichende Organisationsform sich mit den Reichsbestimmungen sehr wohl verträgt. Aber selbst zugegeben, daß die Wohlfahrtspflege künftig einheitlichen Trägern formell übertragen werden muß, wobei die Möglichkeit der praktischen Durchführung durch andere Stellen wie in Preußen, Hessen und Thüringen immer noch offen bleibt, so liegt doch für den badischen Gesetzgeber keine reichsrechtliche Verpflichtung vor, beispielsweise die Armenfürsorge, die in Baden von jeher eine Gemeindeaufgabe war, nunmehr den Gemeinden zu nehmen und auf selbständige Verbände zu übertragen. Die einzige Vorschrift, an die sich das Land zu halten hat, ist die des § 2 Abs. 3 Satz 2 der Reichsverordnung, daß die Fürsorgeträger ihren Aufgaben gewachsen sein müssen. (Auf diese Frage der Leistungsfähigkeit wird weiter unten noch zurückzukommen sein.) Ergibt sich jedenfalls, daß die Gemeinden ihren Fürsorgeaufgaben gewachsen sind, so würde die Übertragung der Wohlfahrtspflege auf andere Verbände eine gesetzlich nicht gebotene Beschränkung der Gemeinden in ihren Rechten darstellen und wäre nur unter Einhaltung der für Verfassungsänderungen bestehenden Vorschriften möglich.

Das gleiche gilt für die beabsichtigte Entziehung der Kreise, denen in § 6 Abs. 2 a-c der Kreisordnung die Fürsorge für Schwache, Behinderte, Kranke, Blinde, Taubstumme und Krüppel übertragen ist. Nach § 5 a der Gemeindeordnung ist ferner die Bildung eines Zweckverbandes, der sämtliche Gemeinden eines Amtsbezirktes umfaßt (Bezirksverbände) nur zulässig zur Erfüllung solcher Aufgaben, die der Kreis abgelehnt hat. Die Ausschaltung dieses § 5 a wäre gleichfalls nur unter Einhaltung der für Verfassungsänderungen gegebenen Vorschriften möglich.

Es sei endlich auch die Frage gestellt, ob denn die in dem Entwurf vorgesehene Sonderregelung für das Beschwerdebefahren nach Auffassung der Regierung keinen Eingriff in die Selbstverwaltungsrechte darstellt? Nach der Gemeindeordnung ist gegen die Entscheidungen der Gemeinden in Fürsorgefragen lediglich Rekurs an die Staatsaufsichtsbehörde gegeben, die darüber zu wachen hat, ob die gesetzlichen Vorschriften von der Gemeinde eingehalten werden. Nun soll den Landeskommissionären das Recht gegeben werden, alle Erwerbsfragen nachzuprüfen. Jeder Unbefangene wird doch zugeben, daß eine derartige Erweiterung der staatlichen Befugnisse einen Eingriff in die bisherigen Selbstverwaltungsrechte darstellt! Es soll also auch in den großen Städten durchaus nicht „Alles beim Alten“ bleiben, wie in Nr. 152 der „Karlsruher Zeitung“ versichert wird. Die eifrigen Bemühungen der Selbstverwaltung, den Gesetzen als „Freund der Selbstverwaltung“ anzupreisen, müssen zu doppelter Vorsicht mahnen.

Durch den Hinweis, daß auf die ländlichen Bezirksfürsorgeverbände, die für Zweckverbände geltenden Bestimmungen des § 5 der Gemeindeordnung Anwendung finden sollen, ist auch für die übrigen Gemeinden die Sache nicht abgetan. Denn der fragliche § 7 des Entwurfs beginnt: „Soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist.“ Dem mit der Materie nicht näher vertrauten Leser bleibt unklar, daß den Gemeinden die Bildung derartiger Zweckverbände nicht etwa, wie nach der Gemeindeordnung frei stehen soll; sie werden zwangsweise durch das Gesetz geschaffen. In gleicher

projeckt bleibe nach wie vor das Vordringlichste. Wenn die Reichsregierung für den Bau von Rheinbrücken in Mainz und Speyer Mittel zur Verfügung gestellt habe, so erkläre sich das einfach dadurch, daß es sich hier um Notstandsarbeiten der produktiven Erwerbslosenfürsorge handele; die Ludwigshafener Brücke sei aber keine Notstandsarbeit. Die Verhandlungen mit der Reichsbahn drehen sich nur darum, wie hoch sich die Abfindungssumme für die alte Brücke beläuft. In der Übernahme dieser Summe hätten sich die Städte Mannheim und Ludwigshafen, der badische und der bayerische Staat zu teilen. Es ist nach Ansicht des Ministers damit zu rechnen, daß die Verhandlungen bald zum Abschluß kommen.

Verband der unterbadischen Kredit-Genossenschaften.

Schon am Samstag, den 10. d. Mts. hatten sich mehrere Delegierte zum 58. Verbandstag der unterbadischen Kredit-Genossenschaften in Gernsbach eingefunden. Abends fand zu Ehren der Gäste im Garten des „Wilden Mann“ ein Konzert statt. Am Sonntag wurden weitere Teilnehmer durch die Stadtkapelle am Bahnhof empfangen. Nachmittags fand die erste Versammlung statt. In der Verbandsdirektor Wilsen-Karlsruhe die Mitglieder der Genossenschaften willkommen hieß und ihnen sowohl für ihre zahlreichere Teilnahme als auch für die zu seinem 75. Geburtstag darzubringenden Glückwünsche dankte. Während seiner Krankheit hatten Direktor Händel und Direktor Günther die Arbeiten des Verbandes erledigt. Für die Rechnungsprüfungskommission wurde darauf die Volksbank Durlach und die Volksbank Göttingen gewählt; dem Verbandsdirektor wurde Entlastung erteilt. Verbandsdirektor Kündel erstattete Bericht über die zeitgemäße Ausgestaltung der Genossenschaftsbanken, die als ihre ideale Aufgabe die Hebung und Förderung des Mittelstandes erblicken sollte. Als Abgeordnete zum deutschen Genossenschaftstag in Rönneberg wurden die Vereinsbank Gernsbach und die Volksbank Heilberg bestimmt. Bunge-Berlin sprach dann über „Warenkredit der Banken und ihre Sicherstellung“. Nach einer kurzen Aussprache und Erledigung von Fragen und Mitteilungen der Verbandsgenossenschaften hieß Bürgermeister Menzies-Gernsbach die Teilnehmer willkommen und lud sie zur Besichtigung der Schönheiten der Stadt ein. Von dieser Einladung machten die Teilnehmer nach Beendigung der Versammlung reichlich Gebrauch. Sie trafen sich darauf wieder zu einem gemeinsamen Festessen und später zu einem Konzert im Kurgarten.

Die Hauptversammlung der unterbadischen Kreditgenossenschaften wurde am Montag vormittag im Löwenaal durch Verbandsdirektor Wilsen-Karlsruhe eröffnet, der die Vertreter des Staates und der Stadt, der Industrie und des Handels, der Preußenbank u. a. begrüßte. Als Vertreter des Ministeriums des Innern sprach Regierungsrat Lein. Geheimrat Dr. Göhmann-Berlin von der Zentral-Genossenschaftsbank in Preußen gab einen Überblick über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage. Für die Handwerkerammer sprach Syndikus Hauser, für das Landesgewerbeamt Regierungsrat Lohr und im Namen der Vereinsbank Gernsbach Gewerbeoberlehrer Münz. Dann wurde der Bericht der Verbands-

Beise kommt dem Leser nicht zum Bewußtsein, daß die Organisation dieser Verbände nicht etwa der Selbstverwaltung (durch Zahlung wie nach der Gemeindeordnung) überlassen werden soll, sondern im Einzelnen durch das Gesetz vorgeschrieben werden soll, daß insbesondere der Verband seinen Vorsitzenden und seine Geschäftsstelle nicht selbst wählen darf. Vorigender ist kraft Gesetzes der Landesrat, Geschäftsstelle das Bezirksamt. Wenn endlich in Nr. 155 der „Karlsruher Zeitung“ ausdrücklich betont wird, daß sich die Bezirksämter in Baden niemals um die Fürsorgeaufgaben bemüht haben, da sie an sich schon Aufgaben genug hätten, so wird wohl ein gelinder Zweifel an der Richtigkeit dieser Behauptung gestattet sein.

Aber letzten Endes kommt es bei all diesen Erörterungen hin oder her doch lediglich auf die eine Frage an: „Wie wird die Wohlfahrtspflege am zweckmäßigsten gehandhabt?“ Und hierzu ist folgendes zu bemerken:

Die Wohlfahrtspflege erfordert ihrer Natur nach Maßnahmen, die zweckentsprechend nur unter dem persönlichen Einbruche des Umfanges der Hilfsbedürftigkeit getroffen werden können. Je weiter die Fürsorge von dem Hilfsbedürftigen entfernt und auf Informationen aus zweiter oder dritter Hand über gar nur auf schriftliche Berichte angewiesen ist, desto geringer wird die Wahrscheinlichkeit, daß die einzelne Maßnahme das Richtige trifft. Liegt die Wohlfahrtspflege in den Händen der Gemeinden, so wird bei jeder Entscheidung wenigstens eine Persönlichkeit anwesend sein können, die über den Umfang der Hilfsbedürftigkeit genau orientiert ist. Liegt die Wohlfahrtspflege in den Händen des Bezirksverbandes, so kann selbstverständlich die Entscheidung über die einzelnen Fürsorgefälle nicht von der Bezirksversammlung getroffen werden, in der ein Vertreter der jeweiligen Gemeinde Gelegenheit zur Berichterstattung hätte. Es muß der Schwerpunkt der Verwaltung in den Bezirksämtern verlegt werden. Aber auch von diesem Bezirksamt steht eine praktische Arbeit meist nicht zu erwarten, weshalb man schon bisher vielfach dazu überging, einen eigenen Arbeitsausschuß von vier Personen zu bilden, der nun über die Fürsorgefälle von vielleicht 40 und noch mehr Gemeinden des Bezirkes zu entscheiden hat. Ueber die meisten dieser Fälle wird von den genannten vier Personen keine einzige persönlich orientiert sein. Es muß also Entscheidung nach Lage der Akten ergehen, mit denen nur der Landrat oder ein anderer Beamter des Bezirksamtes einigermaßen vertraut ist. Inwiefern von einem solchen Arbeitsausschuß, der alle 3 oder 4 Wochen zusammentritt und dann viele Dutzende Fälle zu erledigen hat, eine bessere Handhabung der Wohlfahrtspflege als von den Gemeinden erwartet wird, ist unersichtlich. Die Unhaltbarkeit des derzeitigen Zustandes der nun gar noch erweitert werden soll, wird sogar von den Bezirksfürsorgeverbänden selbst zugegeben, wie aus verschiedenen, in letzter Zeit gefaßten Resolutionen, so der Verbände Göttingen, Bretten, Donaueschingen, Schopfheim, Weisach, Hornberg, Pfalzenborn, Meßkirch, Engen, zu entnehmen ist.

Auch die großen Städte haben aus der praktischen Erfahrung heraus nach dem Elberfelder und Straßburger System kleine Armenbezirke geschaffen, die von teils ehrenamtlich tätigen, teils beruflichen Armenpflegern betreut werden. Diese natürliche Entwicklung versucht der Gesetzesentwurf unvermittelt abzuschneiden und durch eine Organisation zu ersetzen, der jede Lebenskraft von vorn herein fehlt.

Endlich noch ein kurzes Wort zu der Frage der Leistungsfähigkeit der Fürsorgeträger. Die vom Ministerium des Innern für das Rechnungsjahr 1924/25 veranfaßten Erhebungen haben ergeben, daß der tatsächliche Fürsorgeaufwand in den kleineren Gemeinden gegenüber denjenigen der großen Gemeinden prozentual teilweise erheblich niedriger ist als der entsprechende Anteil dieser Gemeinden an den Steuerwerten des ganzen Bezirkes. Nach dem derzeitigen Verteilungsverfahren bringen daher in fast allen Verbänden die kleinen Gemeinden einen Teil des Fürsorgeaufwandes der großen Gemeinden auf. Wenn also den kleinen und mittleren Gemeinden die gesamte Fürsorge wieder zurückgegeben wird, so entfällt hierdurch insgesamt keine Mehrbelastung, sondern eine Entlastung dieser Körperschaften. Wird in einem Einzelfalle einmal eine Gemeinde tatsächlich besonders stark in Anspruch genommen, so kann diese finanzielle Zwangslage durch einen Zuschuß des Kreises ohne Schwierigkeit behoben werden. Ein derartiger finanzieller Spitzenausgleich würde, selbst wenn hierdurch eine Erhöhung der Kreisumlage nötig werden sollte, jedenfalls immer noch in gar keinem Verhältnis stehen zu der Kostspieligkeit des in dem Entwurf vorgeschlagenen Verwaltungsapparates.

leistung über die Entwicklung des Verbandes erstattet. Er wies darauf hin, es müßte noch sparsamer gewirtschaftet werden, da man in den nächsten Jahren immer noch erhebliche Belastungen infolge des Dawes-Abkommens zu tragen habe. Die Mitgliederzahl der Genossenschaften beträgt rund 59 000. Darauf sprach Professor Stein-Berlin, der Verbandsanwalt, über die Wirtschaftslage. Erfreulich sei der Rückgang der Konsumte, der Geschäftsaussichten und der Wechselproteste. Zu Bedenken gäbe noch die Vermehrung der Zahl der Arbeitslosen und die Belastung durch Reichs- und Gemeindesteuern. Direktor Händel berichtete über die Tätigkeit der badischen Landesgenossenschaft, bei der eine erfolgreiche Entwicklung festgestellt werden könne. Der Redner schloß mit dem Wunsch, daß die Beziehungen zwischen Bank und Genossenschaften weiterhin auf freundschaftlicher Grundlage ausgebaut werden mögen. Der Bericht über die Sterbefälle ergab eine Mitgliederzahl von 175 aus 73 Genossenschaften. Nach erfolgter Wiederwahl des Verbands-Ausschusses wurde Rehl als nächster Tagungsort gewählt.

Landesstagung badischer Hebammen zu Freiburg

Aus allen Gegenden des badischen Landes kamen am Montag die Hebammen zusammen, um in den Harmoniehallen zu Freiburg ihre Jahresversammlung abzuhalten. Die stark besuchte Tagung wurde eröffnet durch einen Begrüßungsprolog. Hierauf begrüßte die Landesvorsitzende, Frau Brecht-Huttenheim, die Notwendigkeit des Zusammenhanges des Hebammenstandes, wobei sie hervorhob, die wirtschaftliche Notlage der Hebammen dränge gebieterisch dazu, daß das Einkommen auf eine mehr gesicherte Grundlage gestellt werde. Landrat Heß-Freiburg, der der Tagung als Vertreter des Ministeriums des Innern anwohnte, bemerkte, die badische Regierung bringe ihren Beiträgen reges Interesse entgegen. Bezirksarzt Dr. Guttendorf-Freiburg erklärte, die Bezirksärzte würden es sich stets angelegen sein lassen, die berechtigten Forderungen der Hebammen zu unterstützen; als Gegenleistung verlange man ein von Verantwortlichkeit getragenes Pflichtbewußtsein. Auch Oberarzt Dr. Krüner von der Universitäts-Frauenklinik, im Namen von Geheimrat Professor Döhl die Versicherung ab, allezeit die gerechten Forderungen der Hebammen zu unterstützen. In gleichartigem Sinne sprach Frau Reichstagsabg. Pflüpp-Karlsruhe.

Im Mittelpunkt der Beratungen stand das Verlangen nach einer alsbaldigen Schaffung eines Hebammengesetzes, das vor allem das Verhältnis der Hebammen zur Gemeinde besser regeln soll. Für unerlässlich wird auch die Altersversorgung der Hebammen angesehen. Es kam einstimmig eine Entschließung zur Annahme, in der man die badische Regierung ersucht, für die umgehende Beratung und Verabschiedung eines Hebammengesetzes Sorge zu tragen.

Sehr bezeichnend gestaltete sich ein von Universitätsprofessor Dr. Rosi-Freiburg gehaltenen Vortrag über Geschlechtskrankheiten, deren Entstehung und Vererbung. Im Verlauf der Beratungen ergriff das Wort auch mehrfach die Vorsitzende des Reichsverbandes deutscher Hebammen, Frau Kaufmann-Leipzig, um über eine Reihe wichtiger Landesfragen Aufklärung zu geben.

Der nächste Verbandstag wird voraussichtlich in Heidelberg stattfinden.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 14. Juli 1926.

Neue Schutzbestimmungen für Angestellte.

Längere Kündigungsfristen.

Auf Grund der Beratungen des Sozialen Ausschusses des Reichstages ist am 2. Juli unter Ablehnung der Regierung...

Die Vorschriften dieses Gesetzes finden Anwendung auf Angestellte die nach § 1 des Versicherungsgesetzes für Angestellte...

Ein Arbeitgeber, der in der Regel mehr als zwei Angestellte ausschließlich der Lehrlinge, beschäftigt, darf einem Angestellten...

Unterliegt bleiben die Bestimmungen über fristlose Kündigung.

Kündigungen, die zwischen dem 15. Mai 1926 und dem Inkrafttreten dieses Gesetzes mit kürzerer als der im § 2 Absatz 1...

— Achtung vor dem Strahlenspiß. Zur jetzigen Sommerzeit muß auf eine von Kindern, aber auch von Erwachsenen oft geübte...

— Nach- und Rückendungenvermerkte auf Briefsendungen. Die Postanstalten sind erneut angewiesen worden, die Vorschriften...

Sonderausstellung schlichter Wohnräume. Das Bad. Landesgewerbeamt wird in der zweiten Hälfte des Monats September...

Karlsruher Kinderkolonien. Die Bestrebungen des Vereins Jugendhilfe für diese soziale Aufgabe...

— Kriegsgräberfürsorge. Wie bereits mehrfach erwähnt, fand Mitte Mai d. J. an unserem wenigstens zum Teil besetzten Rhein...

Der Haushalt von 1926. Anlässlich der Karlsruher Herbsttage veranstaltet der Karlsruher Hausfrauenbund in der großen städtischen Ausstellungshalle...

Ein Doppellokonzert im Stadtpark. Nach dem herzlichen Empfang der Harmoniekapelle, die gestern abend preisgekrönt...

— Ein Doppellokonzert im Stadtpark. Nach dem herzlichen Empfang der Harmoniekapelle, die gestern abend preisgekrönt...

Gezetzliche Bestimmungen zur Sicherung des Friedens zwischen Nachbarn.

Man begegnet bei Laien vielfach der Ansicht, daß ein Eigentümer mit seiner Sache machen könne, was er wolle. Dem ist jedoch nicht so...

So sei zunächst auf den § 911 hingewiesen, der gerade jetzt in diesen Sommermonaten, der Zeit der Reife der Früchte, eine große Rolle spielen kann.

Wichtig ist im Hinblick auf die gegenwärtige Zeit des Bauens auch die Vorschrift des § 912 bezüglich des Ueberbaus: Hat der Eigentümer eines Grundstücks...

wurde diese Programmnummer mit besonders kühnem Beifall quittiert. Aber auch die anderen musikalischen Werke von Lorenz, Thomas, Hoff, Wagner, v. Blon, Eulenburg, Kaempfer, Kremer...

Ein Zusammenstoß ereignete sich gestern abend 7 Uhr Ecke Karl- und Gartenstraße zwischen einem Motorradfahrer und einem 14 Jahre alten Radfahrer...

Das Ergebnis der evangelischen Kirchenwahlen im Kirchenbezirk Karlsruhe-Bad.

Table with 6 columns: Gemeinde, Stimmberechtigter, Abg., Stimmen, pos., pos. abs., pos. abs. %.

Deutschlands Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene.

Zur Haushalt des Rechnungsjahres 1926 sind für die Versorgung und Fürsorge der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen...

Die Zahl der verorgungsberechtigten Kinder der Beschädigten war zur Zeit der Zählung rund 950 000. Frauenzulage, die nur den Schwerbeschädigten gewährt wird...

Bei den Hinterbliebenen ergaben sich nach der Zählung 371 795 Witwen, darunter 39 037 erwerbsfähige Witwen. Diese verhältnismäßig geringe Zahl der Witwen...

Luftverkehrs-Nachrichten. Regelmäßiger Luftverkehr trotz schlechten Wetters. Wie uns die Badisch-Pfälzische Luftkassa A. G. Mannheim mitteilt...

grundstücken nicht Anlagen hergestellt oder gehalten werden (wie Fabriken, Brauereien), von denen mit Sicherheit vorauszusehen ist, daß ihr Bestand...

Erwähnt sei endlich noch das „Recht des Notweges“ (§ 917 B.G.B.), das da und dort schon viel Ärger ausgelöst hat.

Zeit der wirtschaftlichen Not den Versuch machen, sie noch nachträglich zu erlangen.

— In eine wesentliche Herabminderung der Ausgaben ist daher, wenigstens für die nächste Zeit, nicht zu denken...

Turnen • Spiel • Sport.

d. Verhandlungen zwischen D. I. und D. A. U. Zwischen den Vorständen des Deutschen Reichsausschusses für Verbessungen und der Deutschen Turnerschaft...

Nurmi schlägt Wibe auch über 3000 Meter. Am Dienstag machen die beiden Läuferphänomene Wibe und Nurmi wieder ihre Kräfte in Stockholm und zwar im 3000-Meter-Lauf...

— Großer Stiefellauf „Quer durch Donaueschingen“. Bei dem Stiefellauf „Quer durch Donaueschingen“ gewann der Freiburger Fußballklub zum zweitenmal den von dem Erbringer zum Fürtienberg gestifteten Wanderpreis...

Baden-Badener Herbstsporttage. Infolge des zeitlichen Zusammenstossens der Veranstaltung des Gau XIII Baden, der Baden-Badener Herbstsporttage...

Deutsch-amerikanische Tennis-Kämpfe in Berlin. Landmann schlägt auch Richards. Bei schönem Wetter konnten auch am Dienstag die deutsch-amerikanischen Tennis-Kämpfe...

Landmann schlägt auch Richards. Bei schönem Wetter konnten auch am Dienstag die deutsch-amerikanischen Tennis-Kämpfe...

Landmann schlägt auch Richards. Bei schönem Wetter konnten auch am Dienstag die deutsch-amerikanischen Tennis-Kämpfe...

Landmann schlägt auch Richards. Bei schönem Wetter konnten auch am Dienstag die deutsch-amerikanischen Tennis-Kämpfe...

Landmann schlägt auch Richards. Bei schönem Wetter konnten auch am Dienstag die deutsch-amerikanischen Tennis-Kämpfe...

Landmann schlägt auch Richards. Bei schönem Wetter konnten auch am Dienstag die deutsch-amerikanischen Tennis-Kämpfe...

Deutscher Krankenkassenkongress

Auf der 10. ordentlichen Mitgliederversammlung des Gesamtverbandes der Krankenkassen Deutschlands wurde zunächst der Geschäfts- und Kassenbericht erstattet, der ein trostloses Bild der gegenwärtigen Wirtschaftslage und ihrer Auswirkung auf die soziale Fürsorge zeigt.

Über das Verhältnis zwischen Krankenkassen und Zahnärzten (und Dentisten) wurde eine Entschließung angenommen, die für die Gleichberechtigung der Dentisten und Zahnärzte eintritt und eine Monopolstellung der Zahnärzte ablehnt.

Nach der Genehmigung des Geschäfts- und Kassenberichts und Erteilung der Entlassung sprach Reichstagsabgeordneter Becker-Urnberg über „Die Reform der Krankenversicherung“.

Über die Sozialfragen sprach Abg. Ziegler-Siegen. Ausgehend von der historischen Entwicklung der Sozialversicherung schilderte er den auf dem Gebiete der Sozialversicherungsträger bestehenden unübersichtlichen Zustand und behauptete die auch bei der Sozialversicherung sich bemerkbar machende parteipolitische Zersplitterung der deutschen Bevölkerung.

Senatspräsident a. D. Dr. Spiegelthal, der Vorsitzende des Reichsschiedsamtes für Verletzte und Krankenkassen, gab sodann Aufklärung über „Das Wesen des Reichsschiedsamtes für Verletzte und Krankenkassen“.

Das Flugzeug im Dienste der Krankenpflege.

Während in letzter Zeit auf einigen Kriegsschauplätzen gewöhnliche Flugzeuge in besonders dringenden Fällen auch provisorisch für den Abtransport von Verwundeten und Kranken benutzt worden sind, ist man in Deutschland jetzt an die Konstruktion eines speziellen Sanitätsflugzeuges herangegangen.

Zum Tarifkonflikt in der Berliner Metallindustrie. TU, Berlin, 13. Juli. Zum Tarifkonflikt in der Berliner Metallindustrie hat nunmehr der Schlichter für Großberlin Bissell auf Antrag der Angestelltenorganisation den vom Verband Berliner Metallindustrieller abgelehnten Schiedspruch für verbindlich erklärt.

Nachrichten aus dem Lande.

Graben, 14. Juli. (Preisgekrönt.) Am vergangenen Sonntag war unserem Männergesangsverein „Liedertranz“ ein großer Erfolg beschieden.

Bruchsal, 14. Juli. (Maul- und Klauenseuche.) Am 1. Juli herrschte im Amtsbezirk Bruchsal in den Gemeinden: Bruchsal, Hambriden, Heibelsheim, Wenzingen, Mingoßheim, Oberhausen, Philippsburg, Stettfeld, Ubstadt, Biefental und Zeutern die Maul- und Klauenseuche.

Heidelberg, 14. Juli. (Städtischer Voranschlag.) Der hiesige Bürgerausschuss begann die Beratungen über den städtischen Voranschlag, der bekanntlich eine Erhöhung des Umlagefußes von 5 auf 6 Pfg. vorsieht.

Schnau bei Heidelberg, 14. Juli. (Auch der Eisenbahnbau Redarsteinaach-Schnau gesichert.) Finanzminister Dr. Köhler telegraphierte an die Gemeinde Schnau, daß die sofortige Finanzgriffnahme des Bahnbaus Redarsteinaach-Schnau durch Vertrag mit dem Reiche gesichert sei.

Gernsbach, 14. Juli. (Verkehrsregelung.) Einem Wunsch der Kraftfahrer ist der Gemeinderat nachgegeben. Die schon lange gewünschte Umleitung des Verkehrs durch die Stadt ist in der Weise geregelt, daß die aus der Richtung Baden-Baden kommenden Wagen nun rechts fahrend die Waldbachstraße abwärts und die Wagen Richtung Baden-Baden über die Hauptstraße und Stortentorstraße zu fahren haben.

Freiburg, 13. Juli. (Einweihung des Her Denkmals.) Am 19. September wird im Rahmen eines großen Regimentsfestes das Denkmal für die Gefallenen des ehemaligen Feld-Artillerie-Regiments 76 auf dem Schloßberg bei Freiburg eingeweiht.

Freiburg i. Br., 12. Juli. (Gemeiner Diebstahl.) Am Lagerbrunnen, dem Gesellenort der ehemaligen dritten Jägerregiments, wurden die Wasserrohre abgefaßt und entwendet.

Stühlingen (Amt Waldshut), 14. Juli. (Aus der Fremdenlegion zurück.) Nach langem Abenteurerleben ist der hiesige Bürgersohn Emil Rudolf Gräninger in seine Heimat zurückgekehrt.

Donauwörth, 10. Juli. (Verkehrskonferenz.) Auf Einladung des Stadtschultheißenamtes Schwemmingen trafen sich Vertreter des Handels, des Verkehrs, der Industrie und der Wander- und Sportvereine des Landesbezirks zwischen Freiburg und Stuttgart zu einer Konferenz.

Meersburg, 14. Juli. (Die erste Schloßbeleuchtung versprochen.) Die für den 17. Juli vorgesehene erste Schloßbeleuchtung findet nicht statt, dagegen dürfte die zweite Beleuchtung am 14. August voraussichtlich zur Ausführung kommen.

Radolfzell, 14. Juli. (Radolfzell vor der Hundertjahrfeier.) Unsere Stadt steht im Zeichen der ersten Krönung zu der großen Jubiläumsfeier am Samstag und Sonntag.

Gerichtszeitung.

Mannheim, 14. Juli. (Nachmals die gefällten Briefe.) Vor dem Schwurgericht wurde gestern nochmals die Anklage gegen den Geschäftsleiter und Landtagsabgeordneten Ritter und gegen den früheren Redakteur Schulz von der „Arbeiterzeitung“ verhandelt.

Vergehen gegen das Gesetz zum Schutze der Republik und über Nachrede gegen Minister Klemmele und Staatsrat Marum zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten und 2 Monate verurteilt.

Mannheim, 14. Juli. (Meineid bei einer Scheidungsfrage.) Das Mannheimer Schwurgericht verhandelte gestern gegen den Schreiber Robert Straub, der angeklagt war, in der Scheidungsfrage der Eheleute Rahm wissenschaftlich einen Meineid geschworen zu haben.

Aus den Nachbarländern.

Ludwigshafen a. S., 14. Juli. (Leichenfund.) Wie seiner Zeit berichtet, war am 1. Juli hier bei der Dampfeschiffände ein Mann tot aufgefunden worden, den man vorher in der Nähe des Hafens beobachtet hatte.

Stuttgart, 14. Juli. (Schweres Motorradunglück.) Ein schweres Motorradunglück ereignete sich gestern auf der Straße vor dem Schloß Solitude. Zwei in voller Fahrt befindliche Motorräder, die mit zusammen fünf Personen besetzt waren, fuhren aufeinander, wobei der Fahrer des einen Rades sofort getötet und die übrigen vier Personen schwer verletzt wurden.

Ernennungen - Beförderungen - Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts. Ernannt: Verwaltungsdirektor Reichold Karle zum Kompletionssekretär.

Ernannt: Staatsanwalt Heinrich Kroll in Mannheim zum Amtsgerichtsrat in Schnau, Gerichtssekretär Dr. Hans Wehr zum Staatsanwalt in Waldshut, Justizinspektor Josef Danz bei der Staatsanwaltschaft Konstanz.

Ernannt: Zum Steuerassistent der Zollbetriebsassistent Klupp in Rehl unter Verlegung an das Finanzamt Rehl (1. 4.); zum Obersekretär der Zollassistenten in Mannheim (1. 8.); in Zollbetriebsassistenten der Zollassistenten Benz in Eingen, Klaber in Forstheim, Leiberberg in Mannheim, Gudenbach in Rehl, Bacher in Winterdorf, Kutternecht in Babel (1. 5.); zu Zollassistenten die Zollbetriebsassistenten Kirschner in Mannheim, Gerlich in Mannheim (1. 4.), Schwab in Ottenheim (1. 5.), Paul in Miersheim (1. 6.); zum Zollwachmeister der Zollwachmeister a. Pr. Schäfer in Mannheim (1. 8.) und O. Lasser in Bruchsal (1. 5.).

Im Ruhestand versetzt: Obersekretär Bader in Bahl (1. 9.); Zollinspektor Banger in Eingen (1. 5.); die Zollbetriebsassistenten in Waldshut (1. 8.), Leopold in Eingen (1. 9.); die Zollassistenten Schmidt in Mannheim (1. 7.), Seib in Mannheim (1. 9.).

Im Ruhestand versetzt: (auf Ansuchen) Landgerichtsrat Josef Rottler in Offenburg.

Ernannt: Zum Steuerassistent der Zollbetriebsassistent Klupp in Rehl unter Verlegung an das Finanzamt Rehl (1. 4.); zum Obersekretär der Zollassistenten in Mannheim (1. 8.); in Zollbetriebsassistenten der Zollassistenten Benz in Eingen, Klaber in Forstheim, Leiberberg in Mannheim, Gudenbach in Rehl, Bacher in Winterdorf, Kutternecht in Babel (1. 5.); zu Zollassistenten die Zollbetriebsassistenten Kirschner in Mannheim, Gerlich in Mannheim (1. 4.), Schwab in Ottenheim (1. 5.), Paul in Miersheim (1. 6.); zum Zollwachmeister der Zollwachmeister a. Pr. Schäfer in Mannheim (1. 8.) und O. Lasser in Bruchsal (1. 5.).

Im Ruhestand versetzt: Obersekretär Bader in Bahl (1. 9.); Zollinspektor Banger in Eingen (1. 5.); die Zollbetriebsassistenten in Waldshut (1. 8.), Leopold in Eingen (1. 9.); die Zollassistenten Schmidt in Mannheim (1. 7.), Seib in Mannheim (1. 9.).

Im Ruhestand versetzt: (auf Ansuchen) Landgerichtsrat Josef Rottler in Offenburg.

Ernannt: Zum Steuerassistent der Zollbetriebsassistent Klupp in Rehl unter Verlegung an das Finanzamt Rehl (1. 4.); zum Obersekretär der Zollassistenten in Mannheim (1. 8.); in Zollbetriebsassistenten der Zollassistenten Benz in Eingen, Klaber in Forstheim, Leiberberg in Mannheim, Gudenbach in Rehl, Bacher in Winterdorf, Kutternecht in Babel (1. 5.); zu Zollassistenten die Zollbetriebsassistenten Kirschner in Mannheim, Gerlich in Mannheim (1. 4.), Schwab in Ottenheim (1. 5.), Paul in Miersheim (1. 6.); zum Zollwachmeister der Zollwachmeister a. Pr. Schäfer in Mannheim (1. 8.) und O. Lasser in Bruchsal (1. 5.).

Im Ruhestand versetzt: Obersekretär Bader in Bahl (1. 9.); Zollinspektor Banger in Eingen (1. 5.); die Zollbetriebsassistenten in Waldshut (1. 8.), Leopold in Eingen (1. 9.); die Zollassistenten Schmidt in Mannheim (1. 7.), Seib in Mannheim (1. 9.).

Im Ruhestand versetzt: (auf Ansuchen) Landgerichtsrat Josef Rottler in Offenburg.

Ernannt: Zum Steuerassistent der Zollbetriebsassistent Klupp in Rehl unter Verlegung an das Finanzamt Rehl (1. 4.); zum Obersekretär der Zollassistenten in Mannheim (1. 8.); in Zollbetriebsassistenten der Zollassistenten Benz in Eingen, Klaber in Forstheim, Leiberberg in Mannheim, Gudenbach in Rehl, Bacher in Winterdorf, Kutternecht in Babel (1. 5.); zu Zollassistenten die Zollbetriebsassistenten Kirschner in Mannheim, Gerlich in Mannheim (1. 4.), Schwab in Ottenheim (1. 5.), Paul in Miersheim (1. 6.); zum Zollwachmeister der Zollwachmeister a. Pr. Schäfer in Mannheim (1. 8.) und O. Lasser in Bruchsal (1. 5.).

Im Ruhestand versetzt: Obersekretär Bader in Bahl (1. 9.); Zollinspektor Banger in Eingen (1. 5.); die Zollbetriebsassistenten in Waldshut (1. 8.), Leopold in Eingen (1. 9.); die Zollassistenten Schmidt in Mannheim (1. 7.), Seib in Mannheim (1. 9.).

Im Ruhestand versetzt: (auf Ansuchen) Landgerichtsrat Josef Rottler in Offenburg.

Ernannt: Zum Steuerassistent der Zollbetriebsassistent Klupp in Rehl unter Verlegung an das Finanzamt Rehl (1. 4.); zum Obersekretär der Zollassistenten in Mannheim (1. 8.); in Zollbetriebsassistenten der Zollassistenten Benz in Eingen, Klaber in Forstheim, Leiberberg in Mannheim, Gudenbach in Rehl, Bacher in Winterdorf, Kutternecht in Babel (1. 5.); zu Zollassistenten die Zollbetriebsassistenten Kirschner in Mannheim, Gerlich in Mannheim (1. 4.), Schwab in Ottenheim (1. 5.), Paul in Miersheim (1. 6.); zum Zollwachmeister der Zollwachmeister a. Pr. Schäfer in Mannheim (1. 8.) und O. Lasser in Bruchsal (1. 5.).

Im Ruhestand versetzt: Obersekretär Bader in Bahl (1. 9.); Zollinspektor Banger in Eingen (1. 5.); die Zollbetriebsassistenten in Waldshut (1. 8.), Leopold in Eingen (1. 9.); die Zollassistenten Schmidt in Mannheim (1. 7.), Seib in Mannheim (1. 9.).

Im Ruhestand versetzt: (auf Ansuchen) Landgerichtsrat Josef Rottler in Offenburg.

Ernannt: Zum Steuerassistent der Zollbetriebsassistent Klupp in Rehl unter Verlegung an das Finanzamt Rehl (1. 4.); zum Obersekretär der Zollassistenten in Mannheim (1. 8.); in Zollbetriebsassistenten der Zollassistenten Benz in Eingen, Klaber in Forstheim, Leiberberg in Mannheim, Gudenbach in Rehl, Bacher in Winterdorf, Kutternecht in Babel (1. 5.); zu Zollassistenten die Zollbetriebsassistenten Kirschner in Mannheim, Gerlich in Mannheim (1. 4.), Schwab in Ottenheim (1. 5.), Paul in Miersheim (1. 6.); zum Zollwachmeister der Zollwachmeister a. Pr. Schäfer in Mannheim (1. 8.) und O. Lasser in Bruchsal (1. 5.).

Im Ruhestand versetzt: Obersekretär Bader in Bahl (1. 9.); Zollinspektor Banger in Eingen (1. 5.); die Zollbetriebsassistenten in Waldshut (1. 8.), Leopold in Eingen (1. 9.); die Zollassistenten Schmidt in Mannheim (1. 7.), Seib in Mannheim (1. 9.).

Im Ruhestand versetzt: (auf Ansuchen) Landgerichtsrat Josef Rottler in Offenburg.

Elegantes Schleiflack - Schlafzimmer. Wohnungskunst D. REIS. Ritterstraße 8 neben Tietz.

Linoleum, Tapeten etc. H. Durand, Douglasstr. 26. Briefumschläge. Bestecke, Sackmesser, Scheren, Rasiermesser.

Spezial-Behandlung von Beinkranken. Dr. med. E. Schmitt, Spezialarzt KARLSRUHE, Vorholzstr. 9. 1. Tel. 520.

Wäse. Drog. Reichard, Werderplatz 44.

Gepflegtes Haar. S:4711 Portugal. lässt sich leicht in die gewünschte Form bringen. Der Herr pflege sein Haar daher täglich mit "4711" Portugal, dem unvergleichlich guten, erfrischenden Haarwasser. "4711" Portugal stärkt die Kopfhaut und gibt dem Haar besondere Weichheit und einen matten Glanz.

Der Briefschreiber Dostojewski.

Den Grundgedanken aller Briefsammlungen Dostojewskis bilden die Briefe an den fiktionalen Freund und Helfer, den Baron Xiangel...

Da dieses gekannte Stilmittel nach zu Lebzeiten der erst 1820 erschienenen Briefe (d. h. über zwanzig Jahre vor Dostojewskis, die erste...

Der bei aller Trautigkeit etwas einseitige Dostojewskismus des ängstlichen Schriftstellers Dostojewskis, nicht der Dostojewskis, sondern der...

Unter den jüngsten Schriftstellern verdient Henry D. Thoreau bei uns besonders bekannt zu werden wegen seines feins malvollen...

Das amerikanische Temperament neigt bei aller Stillschmerzlichkeit zum Extremem, zur Liebreizigkeit. Es ist uneben, ungleich, wie die...

geht vor allem aus den sehr zahlreichen Briefstellen hervor — und in ihnen beruht wohl der literarische Hauptwert aller dieser Briefsammlungen...

Man erhält überhaupt aus diesen Briefen den Eindruck, als habe Dostojewskis durchaus nicht allmählich Wert gelegt auf jene...

Stillestehend können wir in aller Tendenz und alle Fragen offenlassen, was die Briefe für die Dostojewskis, was die Briefe für die...

Das alles tritt ganz besonders klar und ergreifend hervor in den Gedankensätzen von Dostojewskis, die in seinen Briefen in vornehmlicher Form seinen besten Gedanken mitteln. Dostojewskis...

Die bisher vorfindbare Sammlung der Briefe Dostojewskis findet sich in der großen Dostojewskis-Ausgabe des Verlegers S. S. Sidorow...

Paul Leppin: Spiritismus um Meyrink.

Es war im Beginn dieses Jahrhunderts, in der Zeit, wo wir noch lebhaftesten jedem Geistesfragen nachgingen. Da war aus dem...

Das waren die Jahre, wo wir mit Mysterium und seinem entzückendsten Gang die Geisteswissenschaften wieder begannen, der...

Dieser Mann, den der Nimbus umgibt, in vieldeutigem Sacerdotaler, erhabener, geheimnisvoller, unheimlicher, der aus dem Geiste...

monistischer, der Geisteswissenschaften, angeblich schon seit Jahrhunderten erduldeter Dross behält besten Bewußtseins, am...



